



Foto: dpa

Sonderförderprogramm Ost beschlossen

Mehr Wachstum und Beschäftigung in den neuen Bundesländern schaffen soll das Sonderförderprogramm Ost, das die Präsidenten von CDU und CSU am 9. März auf einer gemeinsamen Sitzung in Wörlitz beschlossen haben.

Es sei die Aufgabe der Politik, erklärten Angela Merkel und Edmund Stoiber auf einer gemeinsamen Pressekonferenz zu dem Beschluss, die dazu notwendigen Rahmenbedingungen zu setzen:

„Sechs Wochen vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ist überall spürbar: Die Menschen erwarten das jedenfalls nicht von Rot-Rot. Von dieser Parteienkombination haben sie genug.“

Mit dem Spitzenkandidaten Wolfgang Böhmer – darin waren sich die Parteivorsitzende und der Kanzlerkandidat einig – „sind inzwischen die Chancen des Wechsels, auf den so viele hoffen, sehr groß“.

(Siehe auch Seite 2)

INHALT

GENERALEKRETÄR
LAURENZ MEYER

zum Vorschlag des Kanzlers, einen Schlussstrich unter die DDR-Vergangenheit – samt Stasi-Akten – zu machen: Schröder biedert sich der PDS an

SEITE 19

GESAMTANGEBOT der Informations- und Werbemittel der Bundesgeschäftsstelle. – Werbemittel für den Wahlkampf demnächst gesondert

INNENTEIL

Deutschland ist kein Land für die rote Laterne

■ Wolfgang Meckelburg: Kurvenreiche Antwort. Überlegenheit von „Rapid Response“ gegenüber regierungsamtlicher Kommentierung (Seite 11) ■ Allensbach, Emnid Forsa, Forschungsgruppe Wahlen und infratest-dimap stellen die „Sonntagsfrage“ zur Bundestagswahl (Seite 12) ■ CSU Sieger bei den Kommunalwahlen (Seite 13) ■ Edmund Stoiber auf dem Arbeitsmarkt-Kongress der CDU/CSU in Gelsenkirchen: Nur mit neuer Dynamik schaffen wir neue Arbeitsplätze (Seite 14) ■ Maria Böhmer: Die Familienpolitik der SPD ist Ausdruck von Hilflosigkeit (Seite 15) ■ Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags bestätigt Unionskritik an der Airbus-Beschaffung (Seite 16) ■ Georg Milbradt: Von Dresden geht ein Signal der Geschlossenheit aus. Bericht vom Landespartei (Seite 17) ■ Angela Merkel zur SPD-Spendenaffäre: Es geht um den Vorwurf der Korruption (Seite 19)

Ein „Signal der Geschlossenheit und der Siegeszuversicht“ geht von Wörlitz – so die Parteivorsitzende – auch mit Blick auf die Bundestagswahl am 22. September aus: „Wir arbeiten gemeinsam auf die Ablösung der Schröder-Regierung hin.“

Schon jetzt lehnen die Bürgerinnen und Bürger – genau so wie sie von Rot-Rot in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin die Nase voll haben – Rot-Grün auch auf Bundesebene ab. Zu oft sind sie enttäuscht worden. „Versprochen – gebrochen“ – das charakterisiere geradezu die dreieinhalb Jahre Schröder seit 1998.

Aber: „Deutschland ist kein Land für die rote Laterne. Deutschlands Bestimmung ist es nicht, das Schlusslicht in Europa zu sein.“ Denn mit der Union gibt es eine klare Alternative. Wo der im Augenblick noch regierende Kanzler es

nicht versteht, die enorme Wirtschaftskraft dieses Landes auszuschöpfen, trauen CDU und CSU den Menschen einfach mehr zu und werden die Hindernisse beseitigen, die Rot-Grün ihrem Fleiß, ihrer Takraft in den Weg stellt.

„Es liegt im Interesse aller Deutschen, dass der Osten wieder nach vorne kommt“, erklärte der Kanzlerkandidat der Union in Wörlitz. Wenn es nicht gelinge, den Abstand zwischen den alten und den neuen Bundesländern zu verringern, werde Deutschland vom letzten Platz in Europa nicht wegkommen.

Edmund Stoiber: „Unsere Aufgabe ist es, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass es im Osten wieder Aufschwung, neue Arbeitsplätze und Hoffnung gibt. Vor allem die jungen Menschen müssen eine Perspektive in ihrer Heimat haben. Die Abwanderung junger und kreativer Leute aus dem Osten muss gestoppt werden.“

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 € Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Im Osten was Neues

Die Ostdeutschen haben mit ihrer friedlichen Revolution vom Herbst 1989 den Sozialismus überwunden und die Voraussetzung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit geschaffen. Die neuen Länder sind seit der staatlichen Einheit feste Bestandteile der Bundesrepublik Deutschland. Seither hat sich die wirtschaftliche und soziale Situation der Ostdeutschen entscheidend verbessert.

Im nächsten Jahrzehnt wird Ostdeutschland zur Mitte Europas. Der Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft wird zu weitreichenden Veränderungen führen. Beides muss als Chance begriffen werden. Für den Aufbau Ost kann die bisherige Orientierung an der schnellstmöglichen Angleichung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse der alten Länder nicht mehr der alleinige Maßstab sein. Nicht der bis in alle Einzelheiten kopierte Nachbau West, sondern die kreative Neuausrichtung an den Erfordernissen des weltweiten Wettbewerbs ist das Markenzeichen für den Aufbau Ost.

Die Union ist die Partei der deutschen Einheit und bleibt der Garant für die innere Einheit Deutschlands. Sie muss wieder in stärkere Verantwortung kommen. Sowohl in der wirtschaftlichen Entwicklung als auch auf dem Arbeitsmarkt ist seit dem Regierungsantritt von Rot-Grün die Schere wieder auseinander gegangen – zu Ungunsten der neuen Länder. Seit 1990 war der Abstand in der Arbeitslosenrate zwischen Ost und West noch nie so hoch wie zum jetzigen Zeitpunkt. Die Abwanderung junger, gut ausgebildeter und leistungsorientierter Menschen aus den neuen in die alten Länder ist seit 1998 dramatisch gestiegen. Der Osten Deutschlands braucht neue Perspektiven!

SONDERFÖRDERPROGRAMM OST

Schwerpunkt 1: Mittelstandsoffensive für Ostdeutschland

■ Aus Privatisierungserlösen des Bundes werden wir eine Existenzgründer- und Innovationsoffensive für den

Mittelstand in Ostdeutschland einleiten.

■ Zum Ausbau der Gründerförderung wird die Beratung von Existenzgründern (*coaching*) und die Bereitstellung von Risikokapital intensiviert werden.

■ Im Rahmen der Innovationsförderung sind die in Ostdeutschland vorhandenen Forschungs- und Entwicklungspotenziale in kleinen und mittleren Unternehmen zu stärken sowie die Vernetzung dieser Unternehmen mit der industrienahe Forschung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen auszubauen.

■ Darüber hinaus muss die Erschließung überregionaler Absatzmärkte für ostdeutsche Produkte und Dienstleistungen verbessert werden.

Schwerpunkt 2: Innovationspotenziale stärken

■ Durch den Ausbau von Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Fachhochschulen wollen wir gezielt Innovationspotenziale stärken und neue, innovative Strukturen weiterführen bzw. aufbauen, wo dies noch nicht geschehen ist.

■ Wir werden offensiv technologieorientierte Gründungen an Universitäten und Fachhochschulen fördern.

■ Zudem müssen verstärkt ausländische Investoren für Forschungsinvestitionen in Ostdeutschland gewonnen werden.

Schwerpunkt 3: Infrastrukturausbau

■ Schwerpunkte sind die verbesserte Anbindung der Regionen an die großen Verbindungsachsen, die Erhöhung des Schienennetzes und eine verbesserte Verkehrsverbindung zu den EU-Beitrittsländern. Bei baureifen Maßnahmen soll die Finanzierung vorrangig erfolgen. Dabei sollen alternative Finanzierungsmodelle in die Überlegungen mit einbezogen.

■ Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit sind konsequent weiter zu finanzieren. Das Umgehungsstraßenprogramm muss über das Jahr 2003 hinaus fortgeführt werden.

■ Für die Kommunen ist eine Infrastrukturpauschale einzuführen.

Finanzierung

■ Das Sonderprogramm soll aus Privatisierungs-

lösungen, Mittelumerschichtungen im Bundeshaushalt und nach Ansprüchen der Konjunktur entstehenden Spielräumen finanziert werden, die nach Auslaufen des Investitionszulagengesetzes Ende 2004 gezielt eingesetzt werden.

Neben diesem Sonderförderprogramm Ost sind die Rahmenbedingungen zu verbessern:

WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Mehr Freiheit für eigene Wege

■ Zur gezielten Förderung von Ansiedlungen und Investitionen in Ostdeutschland werden wir zeitlich befristete Öffnungs- und Experimentierklauseln in Bundesgesetzen schaffen. Vor allem bei Genehmigungsverfahren oder auch im Hochschulrecht können so flexible und unbürokratische Antworten auf spezifisch ostdeutsche Herausforderungen gefunden werden.

■ Neue Verfahren zur Beschleunigung des Planungsrechts und für ein vereinfachtes Baurecht müssen in Kraft gesetzt werden.

Mehr Autonomie bei der Wirtschafts-

förderung – Auf die eigenen Stärken setzen

■ Die Länder müssen die Möglichkeit erhalten, ihre Wirtschaftsförderung stärker auf die eigenen regionale Stärken und Wachstumspole zu konzentrieren. Ansatzpunkte für solche Wachstumspole oder *cluster* besonders in technologieintensiven Wirtschaftszweigen finden sich vor allem dort, wo es eine hochwertige Forschungs- und Bildungsinfrastruktur gibt. Um diese Pole herum bilden sich Netzwerke von Zulieferern und Dienstleistern. Die „Abstrahleffekte“ solcher Zentren in das Umland müssen durch die Regionalförderung gezielt unterstützt werden.

■ Eine leistungsfähige Infrastruktur, ein hohes Investitionsniveau und ein breites Angebot innovativer Produkte und Dienstleistungen sind die tragenden Pfeiler für mehr Wachstum und Beschäftigung. Die Wirtschaftsförderung für Ostdeutschland muss sich daher konsequent auf die Kernbereiche Infrastruktur, Investitionen und Forschung und Entwicklung konzentrieren.

■ Investitionen müssen bei Ausrüstungen und Betrieben wieder über dem ge-

samtdeutschen Maßstab liegen. Der weitere Aufbau des Kapitalstocks ostdeutscher Unternehmen ist Grundvoraussetzung für dauerhaft höheres Wachstum. Ermuss auf hohem Niveau weiter unterstützt werden. Das Volumen der Investitionsförderung durch Zuschüsse, zinsgünstige Darlehen und Bürgschaften muss daher aufrecht erhalten werden.

■ Wir werden uns bei der Europäischen Union dafür einsetzen, dass die Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland weiterhin auf hohem Niveau aufrecht erhalten werden kann.

Selbständige Existenzen wirksam sichern

■ Es müssen einschneidende Gesetzesänderungen zum Schutz der Leistungserbringer beschlossen werden. Um vor allem die Bauhandwerker besser gegen unverschuldete Insolvenz zu sichern, müssen unberechtigte Zahlungsverweigerungen und -verzögerungen erschwert und berechtigte Forderungen schneller und besser durchgesetzt werden. Der von Sachsen und Thüringen erarbeitete Gesetzentwurf zur Verbesserung der Zahlungsmoral bietet dafür wichtige Ansatzpunkte.

■ Die Liquidität der kleinen und mittleren Unternehmen ist durch eine Ausweitung der Ist-Besteuerung in der Umsatzsteuer auf Unternehmen bis zu 2,5 Mio. € Umsatz pro Jahr zu verbessern.

■ Bei Ertragsteuervorauszahlungen für Existenzgründer ist auf die besondere Liquiditätssituation Rücksicht zu nehmen.

■ Die Baseler Verhandlungen über eine neue Eigenkapitalrichtlinie für Banken dürfen zu keiner generellen Verschlechterung der Kreditkonditionen für mittelständische Unternehmen führen. Bei der vorgesehenen Wirkungsanalyse müssen die Effekte von Basel II auf die Kreditkonditionen in den alten und neuen Ländern differenziert untersucht werden, um der unterschiedlichen Wirtschaftslage und Wirtschaftsstruktur gerecht zu werden.

■ Zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Basis des Mittelstandes ist der Fokus insbesondere auf die Förderung von Beteiligungskapital für Existenzgründer und mittelständische Unternehmen zu richten. Zur Begleitung des Strukturwandels in der Wirtschaft sollen die eigenkapitalschwachen Unternehmen in Ostdeutschland über eine stärkere risikomäßige Absicherung in der Grün-

dung und der Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit unterstützt werden. Vor diesem Hintergrund hat die von der Union konzipierte Steuerreform, durch die vor allem die Nachbeteiligung der mittelständischen Wirtschaft behoben wird, eine besondere Bedeutung.

Staatliche Förderung der Ost-West-Wanderung muss auf den Prüfstand

■ Finanzielle Hilfen zur Förderung der Mobilität sollen zurückgefahren werden, um die Abwanderung aus dem Osten zu begrenzen.

Beschäftigungsfähigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt verbessern

■ Die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik, insbesondere die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie die Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen, müssen so ausgestaltet werden, dass Arbeitslose möglichst rasch wieder in den ersten Arbeitsmarkt eingegliedert werden können. Der Schwerpunkt der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollte sich auf die Unterstützung älterer Arbeitsloser konzentrieren.

■ Für Langzeitarbeitslose müssen Aufgabenfelder außerhalb der Erwerbsarbeit erschlossen werden, soweit andere Möglichkeiten der Arbeitsmarktintegration ausscheiden.

Überschaubare Perspektiven für eine Lohnangleichung

■ Es wäre falsch, die Zukunft der neuen Länder dauerhaft mit niedrigen Löhnen zu erkaufen. In der Privatwirtschaft sollten wirtschaftlich sinnvolle Lohn-differenzierungen Vorrang haben. Erzielte Produktivitätsfortschritte sollen daher an die Beschäftigten weitergegeben werden.

■ Bis zum Jahr 2007 muss im Öffentlichen Dienst des Bundes eine Angleichung der Besoldung und der Tarife erfolgen.

■ Für die Länder müssen bei Besoldungs- und Zulagenregelungen Öffnungsklauseln zugelassen werden, damit leistungsorientiert, flexibel und der wirtschaftlichen Lage entsprechend bezahlt werden kann.

■ Bei den niedergelassenen Kassenärzten müssen die Honorare bis zum Jahr 2007 schrittweise angeglichen werden, um eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung zu gewährleisten.

LANDWIRTSCHAFT

Wettbewerbsfähige Strukturen gehören zur deutschen Agrarordnung

■ Die historisch gewachsenen landwirtschaftlichen Unternehmen und Betriebsformen in Ostdeutschland sind gleichwertige Elemente der deutschen Agrarverfassung. Bei der Förderung landwirtschaftlicher Betriebe kommt es auf deren Problemlage und nicht ausschließlich auf ihre Betriebsgröße an.

■ Bei nationalen Entscheidungen wie zum Beispiel der Einführung der Modulation sind die soziale Lage der ostdeutschen landwirtschaftlichen Unternehmen und die Interessen der flächenintensiven ostdeutschen Landwirtschaft besonders zu würdigen.

KOMMUNEN UND STADTSANIERUNG

Eigenverantwortung und Selbstverwaltung der Kommunen stärken

■ Die Kommunen brauchen mehr Autonomie bei den Gemeindefinanzen.

■ Das Engagement für die Ansiedlung von Unternehmen, für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und für ein attraktives Wohn- und Lebensumfeld muss stärker belohnt werden.

■ Der Abriss von Plattenbauten sollte Vorrang haben gegenüber teuren Rückbaukonzepten.

FÖDERALISMUS

Länderkompetenzen stärken und eigenständige Entwicklungen fördern

■ In der Verfassungspraxis ist die ursprünglich im Grundgesetz angelegte Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zu Lasten der Länder verschoben worden. Mitsprache- und Beteiligungsrechte sind vielfach an die Stelle von Gestaltungsrechten getreten.

■ Zur Erhaltung von Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Länder ist eine Kompetenzordnung mit ausgeprägter Ländergesetzgebungskompetenz erforderlich. Dadurch werden regionale Vielfalt gestärkt und Bürgernähe wieder hergestellt.

■ Das derzeitige System der Gemeinschaftsaufgaben

begrenzt die Eigenstaatlichkeit der Länder und ist schwerfällig und bürokratisch im Vollzug. Durch Auflösen solcher Mischfinanzierungen muss ein Anreizsystem eingeführt werden, das Erfolg und Misserfolg der Politik deutlich macht. Dabei muss die finanzielle Ausgangslage der ostdeutschen Länder berücksichtigt werden.

■ Ostdeutsche müssen in Bundesbehörden – insbesondere in Leitungsfunktionen – angemessen vertreten sein.

NATION UND GESCHICHTE

Friedliche Revolution der Ostdeutschen von 1989 als fester Bestandteil unserer Erinnerungskultur

■ Deutschland muss mit der Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin dieses Ereignis würdigen.

■ Der 50. Jahrestag des Arbeiteraufstandes am 17. Juni 2003 muss als nationaler Gedenktag würdig begangen werden.

■ Die Opfer der SED-Diktatur müssen auf der Basis des Antrages der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine Ehrenpension ange-

messen entschädigt werden. Damit wird deren Einsatz für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte gewürdigt.

■ Für die ca. 50.000 Ostdeutschen, die als Heimkehrer oder ehemalige Zivildeportierte im Gegensatz zu den Westdeutschen keine Entschädigung erhalten hatten, muss Gerechtigkeit hergestellt werden.

■ Zur Förderung der inneren Einheit sollte die Politik alle Aktivitäten und Initiativen unterstützen, damit die Menschen aus den alten und neuen Ländern sich begegnen und näherkommen.

Das planen CDU und CSU

Die deutsche Wirtschaft wird nach Ansicht der Union nur dann wieder Fuß fassen, wenn der Osten aufholt. Deshalb haben die Präsidien von CDU und CSU auf ihrer Klausurtagung ein „Sonderförderprogramm Ost“ beschlossen. Einer der Kernpunkte ist der Aufbau mittelständischer Strukturen. Die Union plant nun eine Existenzgründer- und Innovationsoffensive.

Die Offensive umfasst alle Bereiche. Potenzielle Investoren sollen leichter an Kapital kommen, Genehmigungsverfahren vereinfacht, bereits bestehende Unternehmen etwa mit Blick auf unverschuldete Insolvenz stärker abgesichert werden.

Um die Abwanderung zu begrenzen, will die Union Finanzhilfen zur Förderung der Mobilität zurückfahren. Ferner ist geplant, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf ältere Arbeitslose zu beschränken. Die Entgelte im öffentlichen Dienst sollen bis 2007 ausgeglichen werden.

aus: Die Welt

OSTERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Nationales Programm zur Förderung der Grenzregionen

■ Die Entwicklung der Grenzregionen ist durch angemessene Übergangsvorschriften zur EU-Osterweiterung und ein Grenzgürtelförderprogramm zu sichern.

■ Der Ausbau transeuropäischer Netze muss von Deutschland vorangetrieben werden.

Wahlfakten gegen Schröders und Höppners rote Schönfärbereien

„Rapid Response“ aus der Bundesgeschäftsstelle auf die Behauptungen des Bundeskanzlers und des amtierenden Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt auf dem Ost-Parteitag der SPD in Magdeburg am 10. März:

Gerhard Schröder:

„Wir stehen in besonderer Weise für Solidarität zwischen West und Ost.“

FAKT:

Gegen eine Bevorzugung von DDR-Übersiedlern bei der Bereitstellung von Wohnungen und Arbeitsplätzen: „Wer später kommt, muss sich hinten anstellen.“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 8. 11. 1989)

Gerhard Schröder:

„Was wir [...] angesprochen haben mit dem Programm Stadtumbau Ost, dafür stehen bis 2009 2,6 Mrd. € zur Verfügung. Das dient dazu, die Städte liebens- und lebenswerter zu machen. [...] Es dient aber auch dazu, die Städte besser zu machen als Investitionsstandort.“

Sie [die Programme] sind erfolgreich und werden erfolgreich umgesetzt.“

FAKT:

Keine erhöhten Mittel

Die rot-grüne Regierung stellt keine zusätzlichen Gelder zur Verfügung, sondern erfindet für schon vorhandene Gelder neue Titel und addiert virtuelle Beträge für mehrere Jahre über die Finanzplanung hinaus.

Langfristig deutlich weniger Geld

Die Gelder für den Komplex Städtebau deutschlandweit betragen im Jahr 1998 noch 356,4 Mrd. €, im Jahr 2000 nur noch 306,1 Mrd. €. Von der Verringerung der Mittel unter Rot-Grün ist auch der Osten Deutschlands betroffen

Reinhard Höppner:

„Wir müssen die Menschen davon überzeugen, dass mit den Sozialdemokraten und nur mit den Sozialdemokraten der Osten eine solide Zukunftsperspektive hat. [...] Wenn ich sehe, was die

Anderen da auf die Beine bringen, dann sage ich mir, dass können wir auch den Menschen in diesem Lande hier im Osten des Landes antun. [...] Da haben wir allemal die besseren Konzepte.“

FAKT:

Sachsen-Anhalt ist das beste Beispiel für eine „solide sozialdemokratische Zukunftsperspektive Ost“. Die Arbeitslosenquote liegt bei 20,8 % – neue Länder 19,1 % (Bundesanstalt für Arbeit). Nirgends so viele arbeitslose Jugendliche.

Sachsen-Anhalt hat mit einer Quote von 17,8 % aller abhängig erwerbstätigen Personen unter 25 Jahren im Februar 2002 die meisten arbeitslosen Jugendlichen in Deutschland (BfA). Die Zahl der erwerbslosen Jugendlichen lag noch einmal um durchschnittlich 1.277 Personen höher als im Januar 2002. Auch im Jahresdurchschnitt 2001 gab es in Sachsen-Anhalt mit einer Jugendarbeitslosenquote von 17,1 % mehr Arbeitslose als in allen anderen Ländern (BfA).

Letzter Platz beim Wirtschaftswachstum in der Regierungszeit Höppners

Das **Wirtschaftswachstum** in Sachsen-Anhalt seit Regierungsantritt Reinhard Höppners im Jahr 1994 betrug nur durchschnittlich 2,6 % pro Jahr (1994 bis 2001). Das war das schwächste Wachstum in den neuen Bundesländern (Brandenburg: 3,5 %, Thüringen: 3,2 %, Sachsen: 3,0 %, Mecklenburg-Vorpommern: 3,1 % pro Jahr).

Das durchschnittliche Wachstum in allen neuen Bundesländern lag bei 3,0 % (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder 1995 und 2001). In der Regierungszeit der CDU lag Sachsen-Anhalt beim durchschnittlichen Wirtschaftswachstum mit +9,8 % pro Jahr noch auf dem zweiten Platz der neuen Bundesländer. 1993 wies das Land zusammen mit Thüringen sogar das höchste Wirtschaftswachstum aller neuen Bundesländer auf (+12,6 bzw. 12,7 % pro Jahr).

Mit einer **Exportquote** von 18,4 % liegt Sachsen-Anhalt an letzter Stelle der neuen Bundesländer, deren Schnitt bei 23,2 % liegt (Quelle: Statistisches Bundesamt; Un-

ternehmensberatung Roland Berger).

Die **Selbständigenquote** verharrt bei 6,6 %, wobei der Durchschnitt der neuen Länder um 8,0 % liegt.

Seit 1994 acht Prozent weniger Erwerbstätige

Die **Zahl der Erwerbstätigen** ist dagegen seit 1994 um 7,7 % zurückgegangen (1994: 1,121 Mio. Erwerbstätige, Platz 2 der neuen Bundesländer; 2001: 1,035 Mio., vorletzter Platz vor dem SPD-PDS-regierten Mecklenburg-Vorpommern; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, Statistisches Landesamt Thüringen)

Immer weniger Gewerbebetriebe

Während sich in Sachsen-Anhalt unter CDU-Führung von 1991 bis 1993 noch über 19.000 **Gewerbebetriebe** mehr ansiedelten als abmeldeten, rutschte der Saldo unter der Verantwortung der Regierung Höppner bis zum Jahr 2000 in den negativen Bereich: Im Jahr 1999 gab es 142 Gewerbebetriebe weniger ein als ein Jahr zuvor,

[http://](http://www.wahlfakten.de)

**Vollständiger Text:
www.wahlfakten.de**

2000 waren es sogar 974 weniger. Das CDU-regierte Sachsen hatte dagegen mit +5.746 Gewerbebetrieben im Jahr 1999 und mit +2.452 Betrieben im Jahr 2000 einen deutlichen Zuwachs zu verzeichnen. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Ungeachtet der schlechten Situation der Wirtschaft will die Regierung in diesem Jahr nur 21 Prozent des Haushalts für **Investitionen** ausgeben. Das ist die niedrigste Investitionsquote in den neuen Ländern (Durchschnitt: 23,0 %).

Überdurchschnittliche Rezession im Jahr 2001

Sachsen-Anhalts Wirtschaft schrumpfte im Jahr 2001 um 0,9 %, während die durchschnittliche Wirtschaftsleistung in allen neuen Bundesländern nur um 0,3 % zurückging. Im CDU-regierten Sachsen wuchs das Bruttoinlandsprodukt dagegen um 0,8 %. (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung)

Reinhard Höppner

„Die gleichberechtigte Teilnahme von Männern und Frauen am Arbeitsleben gehört für uns zu den unverzichtbaren Zielen sozialdemokratischer Politik.“

FAKT:

Schröder und Frauenpolitik

Die rot-grüne Rentenreform benachteiligt vor allem Frauen. Auch die Streichung des Haushaltsfreibetrages für Alleinerziehende trifft sie besonders. Mit gerade einmal vier Prozent Frauen im Top-Management trägt Deutschland auch in der Frauenpolitik die rote Laterne in Europa. Und in der SPD haben Frauen schon lange keine Chance mehr: Alle führenden Partei- und Staatsämter sind mit Männern besetzt. Außerdem hat sie SPD in Sachsen-Anhalt die geringste Frauenquote aller Parteien. Gering-schätzig sprach Gerhard Schröder einmal von „Frauen und das ganze andere Gedöns“ (vgl. z. B. Süddeutsche Zeitung, 30.5.1998; Mannheimer Morgen, 25.1.2002). Alice Schwarzer, Feministin der ersten Stunde: „Es scheint, als war die Frauenfrage nie so nebensächlich, wie in der aktuellen Regierung“ (dpa, 17.1.2001).

Reinhard Höppner

„Ich höre ja von der CDU immer, sie wollen Steuererleichterungen, insbesondere für die mittelständischen Unternehmen. Und was fordern sie

[CDU] jetzt: das Streichen der Investitionszulage. Das ist doch genau eine Steuererleichterung für die Unternehmen, die investieren wollen. Die CDU weiß offenbar nicht, was sie will. Ein Hü und ein Hott. Wir haben eine klare Linie.“

FAKT:

„Klare Linie der Regierung für den Mittelstand“ = höhere Kosten und mehr Bürokratie

■ **Ökosteuer:** Massive Erhöhung der Betriebskosten bei Handwerk und Handel sowie im Dienstleistungs- und Verkehrssektor; Freistellungen gelten im Regelfall nicht für kleine und mittlere Betriebe.

■ **Betriebsverfassungsgesetz:** Insgesamt kommen auf die Wirtschaft Mehrkosten in Höhe von 2,7 bis 4 Mrd. DM (1,4 bis 2 Mrd. Euro) pro Jahr zu (IW Köln); allein durch geändertes Wahlverfahren für Betriebe mit weniger als 51 Beschäftigten 1,2 Mrd. DM (0,6 Mrd. Euro) Mehrkosten, sofern die Quote der Firmen mit Betriebsrat von 11 auf 22% ansteigt (Quelle: IW Köln).

■ **Steigende Lohnnebenkosten:** Anfang 2002 durch-

schnittlich 41,3% (Rentenvers.: 19,1%, Krankenvers.: durchschnittlich 14% – Quelle: Die Welt –, Pflegevers.: 1,7%).

■ **630-DM-Gesetz:** Höhere Kosten, Bürokratie-Chaos;

■ **Scheinselbstständigkeitsgesetz:** Entmutigung für Neugründer, mehr Bürokratie

■ **Einschränkung befristeter Arbeitsverträge:** Einschränkung der Flexibilität.

Sinkende Fördermittel

■ Halbierung der Fördermittel für kleine und mittlere Unternehmen im Bundeshaushalt von 1999 bis 2002 (1999: 493 Mio. Euro; 2002 [Soll]: 244 Mio. Euro);

■ Kürzung der Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur (Ost) von 2002 bis 2005 um insgesamt 600 Mio. Euro (Haushaltsgesetz 2002).

Einseitige Entlastung großer Kapitalgesellschaften

IW-Köln: „Selbst nach Abschluss der Reform im Jahr 2005 werden die Personunternehmen um rund 6 Punkte stärker belastet als die Kapitalgesellschaften.“ Die von der Bundesregierung durchgesetzte Steuerreform kommt in erster Linie den großen Kapitalge-

WOLFGANG MECKELBURG:

Kurvenreiche Antwort

sellschaften zugute. Für sie hat sich die Ertragsteuerbelastung zum 1.1.2001 um rund 13 Prozentpunkte verringert. Strukturelle Verbesserungen wie die ab 1.1.2002 geltende Steuerfreiheit für Gewinne aus Beteiligungsverkäufen kommen hinzu. Für die mittelständischen Personenunternehmen hat sich die steuerliche Situation durch die Steuerreform nicht nennenswert verbessert: Die ertragsteuerliche Grenzbelastung ist zum 1.1.2001 nur um rund 3 Prozentpunkte gesunken.

Entlastung jetzt erforderlich

Seit Rot-grün regiert, ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen von Jahr zu Jahr gestiegen: Von 26.400 im Jahr 1999 über 28.200 im Jahr 2000 (Statistisches Bundesamt) auf 32.400 im Jahr 2001. Das ist ein neuer Rekordstand und entspricht einem Anstieg von 16,0 % gegenüber dem Jahr 2000. (Creditreform). Die Selbständigenquote sank im Jahr 1999 auf 9,3% (Quelle: OECD). Im ersten Halbjahr 2001 in Deutschland 3,4 % weniger Gewerbeanmeldungen als im ersten Halbjahr 2000 (Statistisches Bundesamt).

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Meckelburg wollte von der Bundesregierung wissen, ob sie „die von Bundeskanzler Gerhard Schröder auf dem Kongress des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) am 4. Februar getroffene Aussage bestätigen kann, wonach die Finanzierung der Arbeitslosenhilfe aus den Lohnnebenkosten und nicht aus Steuermitteln finanziert wird“ (Frage Nr. 112).

Die Antwort, die der Parlamentarische Staatssekretär Gerd Andres darauf am 21. Februar gegeben hat, lautet:

Die Ausgaben für die Arbeitslosenhilfe als passive Transferleistung erbringt der Bund aus Steuermitteln. Im Mittelpunkt der Betreuung der Ar-

Mittelstand durch Neuregelungen stärker belastet als vorher

„Die angeblichen Wohlfahrten für den Mittelstand er-

beitslosenhilfebezieher durch die Bundesanstalt für Arbeit steht jedoch deren schnellstmögliche Integration in das Erwerbsleben. Die dafür notwendigen Leistungen der aktiven Arbeitsförderung werden aus dem beitragsfinanzierten Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit erbracht. Das wiederum hat Auswirkungen auf die Höhe der Lohnnebenkosten. Auf diese Problematik wollte der Bundeskanzler hinweisen.

In ihrer „Rapid Response“ vom 4. Februar bereits hatte die CDU-Bundesgeschäftsstelle auf Schröders Behauptung, kaum dass er sie gemacht hatte, mit: „Schröder ist nicht informiert“ geantwortet (UID 4/2002, Seite 12).

weisen sich bei näherem Hinsehen als Luftnummern.“ (K.H.Däke, Präsident des Steuerzahlerbunds unter Hinweis auf viele Einzelregelungen)

Bundestagswahl – Sonntagsfrage

Wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären ...

Institut	Allensbach	Emnid	Forsa	ForschGr Wahlen	infratest- dimap
	20. 2. 2002	8. 3. 2002	6. 3. 2002	8. 3. 2000	8. 3. 2002
CDU/CSU	36,1 %	39 %	41 %	41 %	41 %
SPD	34,1 %	38 %	35 %	37 %	35 %
B'90/Grüne	6,5 %	6 %	6 %	5 %	6 %
F.D.P.	13,2 %	9 %	8 %	8 %	9 %
PDS	6,6 %	6 %	6 %	5 %	6 %
Sonstige	3,5 %	4 %	4 %	4 %	3 %

[http://](http://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm)

Die aktuellen Umfrageergebnisse (Sonntagsfrage) werden laufend veröffentlicht unter: www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm

Viele Teilnehmer **unterstützen** die Forderungen der Union

Nach der Abstimmung über Zuwanderung im Deutschen Bundestag am 1. März hat im Auftrag der rot-grünen Bundesregierung das Presse- und Informationsamt eine online-Umfrage gestartet. Die bisherigen Ergebnisse zeigen: Viele Teilnehmer unterstützen die Forderung der Union, Zuwanderung nicht auszuweiten, sondern zu begrenzen. ■ Die CDU sollte in geeigneter Form – in Gesprächen, per Telefon, per E-Mail – Mitglieder und Freunde auffordern, sich ebenfalls an der Umfrage zu beteiligen. ■ Die Adresse für Meinungen zum Thema: <http://www.bundesregierung.de/services/voting/umfrage>.

Wenn das Zusammenleben mit Zuwanderern **klappen** soll

■ Deutsches Recht muss für alle hier Lebenden verbindlich gelten. ■ Die Beherrschung der deutschen Sprache bleibt Schlüsselqualifikation für die Integration der hier lebenden Ausländer. ■ Nur mit einer systematische Integrationspolitik kann eine Gesellschaft 650.000 Ausländer, die jährlich neu in unser Land kommen, verkraften. Diese drei Forderungen waren die Antwort, die Wolfgang Bosbach auf dem **3. RheinErftForum** auf die Herausforderungen gab, denen sich Deutschland stellen müsse, wenn „das Zusammenleben mit Zuwanderern klappen“ soll und Konflikte mit ihnen vermieden werden sollen.

UM DIE BÜRGER ausreichend vor verurteilten gefährlichen Straftätern, insbesondere Sexualtätern, zu schützen, hat Hessen im Bundesrat eine Gesetzesinitiative zur nachträglichen Sicherungsverwahrung vorgestellt. Justizminister Christean Wagner: „Stell sich erst während des Strafvollzugs eine gefährliche Hangtätoreigenschaft eines Verurteilten heraus und konnte deshalb im Urteil keine Sicherungsverwahrung angeordnet werden, so muss der Verurteilte trotz nachträglicher Feststellung seiner Gefährlichkeit nach Verbüßung der Strafe heutigem Recht zufolge wieder auf freien Fuß gesetzt werden.“ Deshalb der Vorschlag: zur Schließung der Lücke im Strafgesetzbuch eine Vorbehaltslösung, die auch eine nachträgliche Sicherungsverwahrung möglich macht.

ERHEBLICHEN Verwaltungsmehraufwand befürchten die Kommunen durch die beabsichtigte Neuregelung des Waffengesetzes. Es soll künftig nicht nur eine permanente Bedürfnisprüfung geben, sondern auch eine laufende Überwachung der Vereine durch die Unteren Waffenbehörden. Die Kommunal-

CSU **Sieger** bei den Kommunalwahlen

Deutlicher, als es sich noch am Montag nach der Wahl abzeichnete, ist die CSU bei den bayerischen Kommunalwahlen als Sieger durchs Ziel gegangen. Nach Auszählung aller Stadtrats- und Kreistagswahlen kommt sie auf 45,5 Prozent: ein Zugewinn gegenüber den Wahlen von 1996 um 2,4 Prozent. Demgegenüber hat die SPD 0,5 Prozent verloren und erreichte insgesamt 25,2 Prozent. Die Verluste der Grünen: Sie erhielten 5,7 Prozent gegenüber 6,9 Prozent vor sechs Jahren. Die Freien Wähler liegen bei 15,6 Prozent. Die FDP kam auf 2 Prozent (plus 0,4)

politische Vereinigung der niedersächsischen CDU nach einer Vorstandssitzung: „Die Pflicht von Vereinen, Personen, die nicht mehr regelmäßig am Schießbetrieb teilnehmen, den Ordnungsbehörden zu melden, kommt einer Spitzelfunktion gleich.“

KNAPP ZWEI JAHRE

nach der von Schröder spektakulär in Szene gesetzten Rettung von Holzmann spitzt sich die Lage des Baukonzerns wieder dramatisch zu. Bankenkreise sprechen von einem Fehlbetrag von fast 200 Millionen Euro. Vor zwei Jahren lag das Minus bei 80 Millionen. Das Handelsblatt kommentiert: „Ordnungspolitische Eingriffe der Politik in die freie Wirtschaft sind problematisch. Die Bilanz der Intervention von Schröder im Fall Holzmann ist negativ.“

DAS BURDA-MODELL,

mit dem 1996 in der Offenburger Burda Druck Hunderte von Arbeitsplätzen gerettet wurden, ist rechtskräftig. Da die GmbH keinem Arbeitgeberverband angehörte, war die Geschäftsleitung berechtigt, mit den Druckereiarbeitern ein Bündnis für Arbeit zu schließen, das die Aufrechterhaltung der Arbeitsplätze mit einer längeren Arbeitszeit verband. Über 98 Prozent der Mitarbeiter hatten dem zugestimmt. Jürgen Todenhöfer, stellv. Vorsitzender des Vorstands von Hubert Burda Media: „Es bleibt eine Absurdität des deutschen Arbeitsmarkts, dass man zur rechtswirksamen Kündigung von Arbeitsplätzen nur einige Wochen braucht, zu einem Bündnis zur Rettung von Arbeitsplätzen jedoch sechs Jahre. Der Gesetzgeber sollte endlich eine klare Rechtsgrundlage schaffen.“



Nur mit neuer Dynamik schaffen wir neue **Arbeitsplätze**

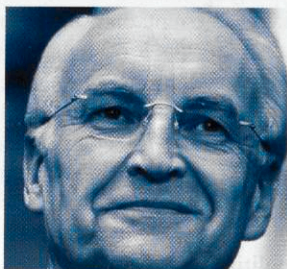
Aus der Rede auf dem Arbeitsmarkt-Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 6. März:

Auch in Bayern haben Staatsregierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber ein Bündnis für Beschäftigung ins Leben gerufen. Da herrscht nicht immer Einigkeit zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, aber wir haben immer einen Weg gefunden, die Weichen für mehr Arbeitsplätze zu stellen. Das ist auch deshalb gelungen, weil meine Regierung zu diesem Bündnis substantziell beigetragen hat:

Wir haben einen Arbeitsmarktfonds geschaffen, aus dem Projekte für ältere und für ausländische Arbeitslose, für sozial benachteiligte Jugendliche und andere Gruppen finanziert werden, die sich schwer in den ersten Arbeitsmarkt integrieren.

Wir haben mit einer gemeinsamen Ausbildungsinitiative für zusätzliche Lehrstellen in Problemregionen gesorgt.

Wir haben investiert ■ in Existenzgründerzentren, ■ in Wagniskapitalfonds, ■



in neue Technologien, ■ in die Forschung, ■ in die Innovationsfähigkeit des Mittelstandes, ■ in die Modernisierung der Infrastruktur.

Das hat Zukunftsperspektiven eröffnet. Das hat die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt. Das hat Wachstumsimpulse gegeben. Das hat die Kräfte des Marktes mobilisiert. Das hat Dynamik freigesetzt.

Nur mit neuer Dynamik schaffen wir neue Arbeitsplätze. Hier liegt der Schlüssel für die Lösung unserer Probleme in Deutschland: Wir müssen unsere Leistungskräfte wieder mobilisieren. Wir müssen den Motor wieder anwerfen!

Leistungskräfte stärken, das heißt unter anderem, den Strukturwandel zukunftsorientiert voran zu treiben. Ich nenne das an erster Stelle,

weil es natürlich gerade hier im Ruhrgebiet eine zentrale Herausforderung ist und weil die SPD hier viel zu lange auf der Bremse stand.

Statt sich an nicht mehr Tragfähiges zu klammern, muss eine verantwortliche Regierung die Förderung von Wachstums- und Zukunftsträchtigem forcieren. Den Stolz der Menschen auf eine große Leistung und Tradition als Zentrum des Kohlebergbaus zu bewahren und den Wandel abzufedern, darf nicht daran hindern, Erhaltungssubventionen umzulenken in die Eröffnung neuer Chancen und den Anschub von Zukunftsfeldern.

Ich möchte hier daran erinnern: Es war die Regierung Kohl, die dem Bergbau eine tragfähige Perspektive mit hohen öffentlichen Subventionen bis 2005 verschafft, aber auch den Strukturwandel als Weg in die Zukunft gefördert hat.

[http://](http://www.stoiber.de)

Voller Wortlaut der Rede unter www.stoiber.de und: cdu.de/politik a-z, arbeitsmarkt)

MARIA BÖHMER:

Die Familienpolitik der SPD ist Ausdruck von **Hilflosigkeit**

Zu familienpolitischen Äußerungen der stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden Renate Schmidt erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Sechs Jahre nach der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz ist offenkundig, dass die größten Versäumnisse bei der Kinderbetreuung in den SPD-regierten Ländern liegen:



Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Bei den Kindergartenplätzen liegen in den neuen Bundesländern die CDU-regierten Länder Thüringen und Sachsen vorne. Auch bei den Hortplätzen liegen Hessen mit 42 und Bayern mit 29 Plätzen pro 1000 Kinder vor dem rotgrün-regierten Nordrhein-Westfalen mit 23 Plätzen pro 1000.

Das gleiche Bild bei den Ganztagschulen:

Das unionsregierte Thüringen ist bundesweiter Spitzenreiter mit einem Anteil von fast 10% Ganztagschulen an allen allgemeinbildenden Schulen. Es folgt **Baden-Württemberg** mit 6,8% Ganztagschulen.

Nicht der Süden ist Schlusslicht, sondern der Norden: **Bremen**: 0,7%

Ganztagschulen, **Schleswig-Holstein**: 1,3% Ganztagschulen, **Niedersachsen**: 3,0% Ganztagschulen.

Nordrhein-Westfalen hat im Westen zwar den größten Anteil an Ganztagschulen. Dieser Platz wird aber nur durch den schulpolitischen Flop „Gesamtschule = Ganztagschule“ erreicht.

Die Position der Union

Alle Kinder müssen dem Staat gleichviel Wert sein: Es geht um Kinder und nicht um die Erwerbstätigkeit der Eltern. Die Union setzt auf ein Familiengeld, das die Familien spürbar entlastet, Kinder wirklich aus der Sozialhilfe holt und überdies den Lohnabstand schafft, damit sich für viele eine Arbeitsaufnahme lohnt.

Die Familienpolitik darf nicht nur die finanzielle Situation von Sozialhilfeempfängern und Beziehern kleinerer Einkommen verbessern. Wir wollen Gerechtigkeit für alle Familien und eine wirksame Familienförderung. Diesem Grundsatz folgt das Familiengeld. **UD**

Offenbarungseid

Einen besonderen Offenbarungseid leistet „Schröderland“. Für 100 Kinder gibt es in Niedersachsen statistisch gesehen nur 89 Kindergartenplätze. Damit ist der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz im eigenen Land des Bundeskanzlers Makulatur. Zum Vergleich: In Baden-Württemberg sind es 124 Kindergartenplätze pro 100 Kinder.

In den alten Bundesländern liegt Baden-Württemberg vorne. Die Schlusslichter sind Bremen, NRW, Nie-

DIETRICH AUSTERMANN UND BARTHOLOMÄUS KALB:

Wissenschaftlicher Dienst des Bundestags **bestätigt** Unionskritik

Zu einem neuen Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages zur Beschaffung A 400 M erklärten der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der haushalts- und finanzpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe:

Das Bundesfinanzministerium (intern), der Bundesrechnungshof, private Gutachter und jetzt der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags – sie alle widersprechen dem Wunsch des Bundesverteidigungsministers, das Beschaffungsvorhaben A 400 M auf der Basis des abgeschlossenen internationalen Vertrages in die Tat umzusetzen.

Das BMF hat am 26. Februar gegenüber dem BMVg mitgeteilt, dass

■ die angestrebte Beschaffungsentscheidung zugleich bedeutet, dass ein künftiger Haushaltsgesetzgeber insoweit präjudiziert ist, als er bei der Ablehnung einer weitergehenden Verpflichtungsermächtigung im Ergebnis eine grob unwirt-

schaftliche Beschaffungsentscheidung trifft, weil zum Gesamtpreis von 5,1 Mrd € deutlich weniger Flugzeuge beschafft werden können;

■ für den hypothetischen Fall der Schadlosstellung jedoch davon ausgegangen werden muss, dass die verbleibende Anzahl von Flugzeugen auf eine Größenordnung von 20 bis 30 Flugzeugen absinkt;

■ das Bundesfinanzministerium eine weitere Plafondaufstockung des Verteidi-

gungsetats (Epl. 14) nicht in Aussicht stellen kann.

Der Bundesrechnungshof stellt fest, dass der unterzeichnete Vertrag mit der nicht ausreichenden Beschreibung des Leistungsgegenstands gegen Haushaltsrecht des Bundes verstößt.

Vom Bundesfinanzministerium beauftragte Wissenschaftler kommen zu dem Ergebnis, der Vertrag könne mit den vereinbarten Konditionen nicht ratifiziert werden und müsse in jedem Falle nachverhandelt werden.

HANS-PETER REPNIK:

Scharping **gestoppt**

Mit den Erklärungen der Koalitionsfraktionen, keine Entscheidung im Hinblick auf die Entsperrung der Verpflichtungsermächtigung für die Beschaffung der Transportflugzeuge A 400 M in der Sitzung des Haushaltsausschusses zu treffen, hat sich die politische Lage geändert.

Damit steht die Gefahr einer Verletzung des par-

lamentarischen Budgetbewilligungsrechts nicht mehr unmittelbar bevor, wie es das Verfassungsprozessrecht als Voraussetzung für eine entsprechende Klage fordert.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat aus diesem Grund ihren Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung auf dem Weg nach Karlsruhe angehalten.

GEORG MILBRADT:

Von unserm Parteitag geht ein **klares Signal** der Geschlossenheit aus

Mit einem Wahlergebnis von 71,24 %, ist der Landesvorsitzende der Sächsischen Union, Prof. Georg Milbradt, von den Delegierten der CDU Sachsen auf dem Sonderparteitag am 9. März zum Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten nominiert worden.

Milbradt erhielt 166, Herausforderer Dietmar Vettermann 97 Stimmen. Neben den Delegierten hatten sich über 200 Gäste und mehr als 80 Pressevertreter im alten Terminal des Dresdner Flughafens versammelt, um diese wichtige Entscheidung für die Zukunft des Freistaates Sachsen mitzuerleben oder darüber zu berichten.

Gemeinsam stark

Georg Milbradt äußerte dazu: „Vom Parteitag der CDU Sachsen geht damit wieder ein klares Signal der Geschlossenheit aus. Die Personaldiskussion der letzten Wochen ist beendet. Die Partei muss ab heute wieder eine geschlossene Einheit sein und zur Sacharbeit



Foto: Matthias Held

zurückkehren. Das erwartet als Hilfe und Unterstützung für ihren Landtagswahlkampf die CDU in Sachsen-Anhalt von uns, und das erwartet auch die gesamte Union in Deutschland. Wir wollen die Bundestagswahl im Herbst gewinnen. Das können wir nur, wenn wir zusammenstehen. Gemeinsam sind wir stark, lautet das Sprichwort.“

Er sei überzeugt, dass jetzt Partei und Fraktion die Mehrheitsentscheidung un-

terstützen. Die Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion seien sich dessen bewusst, dass die Sächsische Union nur mit einem starken Ministerpräsidenten wieder Wahlen gewinnen könne.

Hürde genommen

Mit dieser Nominierung hätte die sächsische CDU eine große Hürde genommen, so Milbradt weiter. Eine der wichtigsten Personalentscheidungen der Sachsen-Union, seit Kurt Biedenkopf auf dem Dresdner Parteitag 1990 zum Spitzenkandidaten nominiert wurde, sei nun auf der Zielgeraden angekommen.

Mit dem Rücktritt von Kurt Biedenkopf am 18. April werde eines der erfolgreichsten Kapitel der Wiedervereinigung zu Ende gehen. „Kurt Biedenkopf hat als Ministerpräsident dem Freistaat Sachsen Achtung nach außen und Stabilität nach innen gebracht“, betonte Milbradt. Seine kluge und weitsichtige Politik habe ein solides Fundament gelegt. Jetzt sei es an uns,

das Erbe zu mehren. „Wir wollen diese Politik fortsetzen. Sächsische Politik mit mir soll weiter berechenbar bleiben. Mein Ziel ist ein modernes, mitmenschliches, ein weltoffenes Sachsen. Der Freistaat soll wieder einen vorderen Platz in Europa einnehmen. Das war sächsische Politik. Das wird sie auch in Zukunft bleiben.“

Prof. Milbradt, der als ehemaliger Finanzminister länger als 10 Jahre die Geschicke Sachsens maßgeblich mitbewegt hatte, war auf dem 15. Landesparteitag im September letzten Jahres in Glauchau zum Landesvorsitzenden der CDU Sachsen gewählt worden. Die Partei hatte ihm damit ein klares Votum erteilt, die Kandidatur für die Nachfolge des Ministerpräsidenten in Sachsen anzutreten. Mit der Nominierung auf dem Dresdner Sonderparteitag hat ihn die Basis zum Kandidaten für dieses Amt erhoben. Das Verfahren dafür wurde bereits auf dem Glauchauer Parteitag einstimmig beschlossen.

Am 18. April wählt der Sächsische Landtag, in dem die CDU-Fraktion mit 76 von 120 Mandaten die absolute Mehrheit besitzt, den neuen Ministerpräsidenten.

In einer zweiten Veranstaltung am gleichen Ort im Anschluss an den Sonder-



Seine Motto: „Gemeinsam mehr aus Deutschland machen!“ Das Ziel seiner scharfen Kritik: Rot-Grün und die verfehlte Politik der Schröder-Regierung. Generalsekretär Laurenz Meyer war nach Andernach gekommen, um die Parteifreunde vor der Urwahl des Oberbürgermeisters zu unterstützen. CDU-Kandidat Hans-Georg Hansen: „Auch in dieser Stadt kriegen wir die Folgen sozialdemokratischer Politik zu spüren. Das Urteil der Aufsichtsdirektion in Trier über Andernach: mittelfristig finanziell nicht leistungsfähig.“

Foto: Harald Hoffmann

parteitag hat die Landesvertreterversammlung der CDU Sachsen die Landesliste für die Wahlen zum Deutschen Bundestag aufgestellt. Die vom Landesvorstand beschlossene Reihenfolge der Listenkandidaten, wurde durch die Versammlung der Landesvertreter bestätigt. Die ersten fünf Plätze nehmen ein: Dr. Michael Luther, MdB (1) Zwickau, Staatsminister Manfred Kolbe (2) Naunhof, Christa Reichard, MdB (3) Dresden, Gerhard Schulz, MdB (4) Leipzig und Maria Michalk (5) Spree- wiese.

Claudia Hassenbach

ist seit dem 1. Februar neue Bundesgeschäftsführerin der Frauen-Union im Konrad-Adenauer-Haus. Die studierte Historikerin war zwei Jahre freiberuflich für das Bundeskanzleramt tätig und ging 1994 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in das Bundestagsbüro von Maria Böhmer. Themenschwerpunkte ihrer Arbeit: Gleichberechtigung, Reform der Witwenrente, gegen Gewalt in den Medien.

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Schröder **biedert** sich der PDS an

Es sind noch knapp 30 Wochen bis zur Bundestagswahl, aber schon beginnt Bundeskanzler Schröder sich auf schamlose Art der PDS anzubiedern. Statt vernünftig mit dem politischen Erbe der DDR umzugehen, steht bei Schröder nur das taktische Machtkalkül im Vordergrund seiner Vorschläge. Anders kann man den Vorstoß mit dem Umgang des politischen Erbes der DDR und dem SED-Regime nicht bezeichnen.

Ich sehe darin keinen Umgang mit der DDR-Ver-

gangenheit, sondern ein unverhohlenes Angebot an die PDS. Es ist ein Schlag in das Gesicht der Menschen in Ostdeutschland, die, wenn sie nicht mehr nachweisen müssen, ob sie Opfer oder Täter zu DDR-Zeiten gewesen sind, automatisch zu Tätern gemacht werden. Auch zwölf Jahre nach dem Mauerfall ist eine Überprüfung ehemaliger Stasi-Mitarbeiter im öffentlichen Dienst immer noch notwendig. Das finden ja selbst Parteimitglieder von Herrn Schröder.

Die eklatante Unkenntnis des Bundeskanzlers

zeigt leider auch, wie weit er sich von der Realität und besonders von den Menschen in den neuen Ländern entfernt hat. Alle Reisen in den Osten haben nichts genutzt: Herr Schröder hat vom Osten immer noch nichts verstanden! Die unsinnige Forderung, einen Schlusstrich unter der DDR-Vergangenheit zu ziehen, entbehrt jeder Sachkenntnis.

Daher ist es sehr bedenklich, wenn der Bundeskanzler nahezu wortwörtlich Formulierungen der SED-Nachfolgepartei PDS übernimmt, nur um sich den Vertretern der Täter-Gesellschaft an den Hals zu werfen. Hinzu kommt, dass Schröder ausklammert, dass auch Westdeutsche ohne Not für die Stasi gespitzelt haben.

Wenn jemand mit der Stasi zusammengearbeitet hat, muss überprüft werden, welche Rolle er gespielt hat: egal ob er im Westen oder im Osten unseres Landes geboren wurde. Herr Schröder scheint auch nicht zu wissen, dass die Stasi-Überprüfungen 2006 ohnehin enden werden. Wir werden dafür sorgen, dass die Aufarbeitung der DDR-Diktatur nicht beendet ist.

UD

ANGELA MERKEL:

Vorwurf: **Korruption**

Während sich kaum jemand vorstellen kann, dass SPD-Generalsekretär Müntefering nichts über die Umstände des Baus der Müllverbrennungsanlage in Köln mitbekommen haben soll, gibt es Ängste in der Bundes-SPD, die Affäre könnte nur die Spitze eines sehr viel größeren Korruptionsskandals sein. Unterdessen hat die Parteivorsitzende die SPD im *Deutschlandfunk*

aufgefordert, die Affäre „sehr gründlich“ aufzuarbeiten. Es gehe in erster Linie nicht darum, „mit markigen Worten alle Konsequenzen zu benennen“, sondern das „Beziehungsgeflecht aufzudecken“. Zugleich stellte Angela Merkel klar, dass es sich bei der SPD-Affäre um einen „qualitativ anderen Sachverhalt“ handle als bei der Union: „Es geht um den Vorwurf der Korruption.“



Vielleicht sogar einer der größten Skandale der Republik

Seit den Tagen des Flick-Skandals gibt es die Redewendung von der „besonderen Pflege der politischen Landschaft“. Möglicherweise braucht es aber bald einen neuen Begriff, der Landschaftspflege und Korruption miteinander vereint: „Kölner Verhältnisse“. Und das wäre dann wohl wirklich ernst. Fest steht, dass die Kölner SPD aufverwinkelten Wegen 340.000 Mark erhalten hat, die nicht als Parteispenden deklariert wurden. Das Bargeld ist gestückelt worden, um die Herkunft zu verschleiern. Die SPD in Nordrhein-Westfalen hat schonungslose Aufklärung versprochen. Man wird die Partei beim Wort nehmen müssen. Wer bei diesem Verdunkelungsmanöver mitgemacht hat, muss sein Mandat zurückgeben, selbst wenn die Namen auf der Reserveliste der Kölner Ratsfraktion ausgehen sollten. Aber der Ab-

spann dieses Krimis ist noch nicht in Sicht, – die Geschichte geht erst richtig an. Es gibt den Verdacht, dass ein Müll-Multi in den neunziger Jahren einem der Anführer der damals regierenden SPD die Spenden gegeben hat, um den Zuschlag für den Kauf einer 800 Millionen Mark teuren Müllverbrennungsanlage in Köln zu erhalten. Das wäre eine der größten Affären der Republik. Süd deutsche Zeitung

Kriminelle Energie

In der Kölner SPD ist über Jahre hinweg ein perfides System von Spenden- und Geldwäsche, vermutlich so-

stückelt, das Geld so gewaschen in das Finanzsystem einer Partei eingeschleust hat, dass darüber hinaus ein Schatzmeister ein Netzwerk von Parteimitgliedern mit illegalen Spendenquittungen ausgestattet, damit zur Steuerhinterziehung angestiftet und straffällig gemacht hat – das erinnert an mafiose Strukturen. Die Welt

Wo bleibt Müntefering?

Der Berliner SPD-Führung hat der Kölner Schwarzgeldskandal die Sprache verschlagen. Dass es der Parteivorsitzende Schröder mit einer knappen Bemerkung be-

SPD fällt vom hohen Ross

gar verbunden mit Korruption, entwickelt und gepflegt worden. Journalisten trauen vielen alles zu; vor allem, wenn es sich um Politiker handelt. Dass aber ein führender Funktionär – nach bisheriger Faktenlage – eine Großspende zer-

wenden lässt, ist noch zu verstehen, da er nun einmal als Bundeskanzler dem Tagesgeschäft der Partei enthoben ist. Aber wo bleibt Generalsekretär Müntefering, der sonst nie um ein Wort verlegen ist und als gerade erst abgetretener SPD-Landesvor-

Gründungsjahr 1999

sitzender nicht weniger betroffen ist als sein Nachfolger Schartau? Noch Anfang Januar reagierte Müntefering blitzartig auf einen angeblichen Finanzierungsskandal der CSU, der sich als bald als Seifenblase entpuppte. Zu Köln fehlen ihm die Worte. Als es um die verheimlichten Spenden des ehemaligen Bundeskanzlers Kohl und die schwarzen Kassen der hessischen CDU ging, hat sich die SPD sehr aufs hohe Ross gesetzt. Von dem ist sie nun herunter gefallen.

Frankfurter Allgemeine

Heißem Sie Hase, Herr Müntefering?

Wenn man Sie, Franz Müntefering, in diesen Tagen als SPD-Generalsekretär auf den Bildschirmen sieht, fallen einem unwillkürlich Schillers „Kraniche des Ibykus“ ein. Dort heißt es: „Doch ihm war kaum das Wort entfahren, möchte er's im Busen gern bewahren.“ Auch Sie können nicht mehr ungesagt machen, was Ihnen weiland zum Spendenskandal der CDU alles einfiel.

Zwischen „Pest und Kohl-Ära“ sahen Sie die CDU „mitten im Sumpf“. Wörtlich tönten Sie: „Es gab und gibt bei uns keine schwarzen Kassen.“ Welche Selbstgerechtigkeit! Heute jammern Sie, man dürfe die SPD für das Kölner Spenden-Desaster nicht in Sippenhaft nehmen. Welch kurzes Gedächtnis! Haben Sie wirklich verdrängt, dass Ihr Parteifreund Peter Struck damals an die Adresse des politischen Gegners sagte: „Ich spreche der CDU die moralische Legitimation ab, unser Land zu regieren.“ War das keine Sippenhaft?

Welt am Sonntag

Tiefer Fall

Hochmut kommt vor dem Fall – daran dürften angesichts der Kölner Vorgänge derzeit viele Sozialdemokraten mit Blick auf die Spendenaffäre in der Union erinnern werden. Wie hatten führende Genossen doch selbstgerecht über das Verhalten von Kohl, Kanther oder Koch geurteilt; die eigene Partei hoben sie mora-

lisch fast in den Himmel, während die CDU als Brutstätte von Finanzkungelei diffamiert wurde. Um so tiefer sitzt nun der Schock. Von persönlicher Niederlage spricht Schatzmeisterin Wetzig-Danielmeier, und die ganze Angelegenheit sei ihr unverständlich. Ja, wo lebt diese SPD-Politikerin denn? Neue Osnabrücker Zeitung

Weit über Köln hinaus

Der Skandal ragt weit über den üblichen Kölner Klügel hinaus. Zum erstenmal haben sich Teile einer Partei zu einer fast schon kriminellen Vereinigung zusammenschlossen, um eine Großspende zu verschleiern. 38 Kölner SPD-Mitglieder haben die 511.000 Mark, die von einem Unternehmen kamen, unter eigenem Namen in kleineren Beträgen in die Parteikasse eingezahlt. Dafür bekamen sie auch noch Spendenquittungen fürs Finanzamt. 38 Verstöße gegen das Parteiengesetz, 38 Fälle von Steuerhinterziehung. Dafür muss es 38 harte Verurteilungen geben. Bild

Rot-grünes Zuwanderungsgesetz ist Mogelpackung!

Deutschland ist ein weltoffenes Land und leistet für Flüchtlinge mehr als viele andere Staaten. Das soll auch in Zukunft so bleiben.

Dies setzt aber voraus, dass wir die Fremden, die zu uns kommen, umfassend in die deutsche Gesellschaft integrieren. Dazu gehört z.B. eine ausreichende Kenntnis der deutschen Sprache und die Respektierung unserer Werte und unserer Gesetze. Integration kann nur gelingen, wenn die Zuwanderung auf ein verkraftbares Maß beschränkt bleibt.

Rot-grünes Gesetz führt zur Ausweitung der Zuwanderung

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung führt nicht zu einer Begrenzung der Zuwanderung. Im Ergebnis wird es mehr Zuwanderung geben.

- Der seit 1973 geltende Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte soll generell aufgehoben werden.
- Ausländer sollen die Erlaubnis erhalten, sich ohne konkretes Arbeitsplatzangebot und ohne Bedarfprüfung auf Dauer in Deutschland niederzulassen.
- Bei Illegalen sollen alleine durch Zeitablauf Daueraufenthaltsrechte entstehen.

Angesichts über 4 Millionen Arbeitsloser in Deutschland besteht - von Spezialisten abgesehen - zurzeit kein Bedarf für weitere Zuwanderung. Jede Zuwanderung geht zu Lasten einheimischer Arbeitsloser.

■ Nicht zu akzeptieren ist auch die Absicht von Rot-Grün, die Gründe für die Anerkennung des so genannten „kleinen Asyls“ (Flüchtlinge) massiv auszuweiten. Dies führt unweigerlich zu verstärkter Zuwanderung in die Sozialsysteme.

■ In der Sache nicht gerechtfertigt ist auch der Versuch, durch eine Fülle von Ausnahmeverordnungen das Nachzugsalter für Kinder auf bis zu 18 Jahren festzulegen. Die PISA-Studie zeigt: Der frühe Erwerb der deutschen Sprache ist unerlässlich. Deshalb müssen Kinder so früh wie möglich nach Deutschland kommen.

■ Völlig unbefriedigend ist schließlich auch die Regelung der Kosten der Integration. Der Bund kann nicht durch seine Gesetze immer mehr Zuwanderung zulassen und die damit verbundenen Kosten auf die Länder und Kommunen abwälzen.

Die CDU sagt NEIN zu einem Gesetz, das die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland nicht begrenzt und qualitativ steuert, sondern massiv ausweitet.

Die Mehrheit der Deutschen lehnt mehr Zuwanderung ab. Das hat nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun. Wir müssen realistisch bleiben und dürfen die Integrationskraft der Gesellschaft nicht überfordern. Deutschland hat keinen Mangel an Zuwanderung, wohl aber einen Mangel an Integration. Hier gibt es noch viel zu tun.

Bei über 4 Millionen Arbeitslosen muss der Zugang nach Deutschland strikt begrenzt bleiben. Dafür kämpft die CDU.

Gemeinsam mehr aus Deutschland machen.



INFORMATIONSMATERIALIEN/WERBEARTIKEL

--	--	--	--

Bestellschein
- Werbematerialien -

Absender/KV-Nr.
Rechnungsanschrift

Bertelsmann Distribution GmbH

- IS-Versandzentrum -

Postfach 1162,
33759 Versmold

Fax: 0 52 41-8 04 18 92

.....
CDU-Verband

.....
Ansprechpartner

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Tel.-Nr.

Lieferanschrift (falls nicht identisch)

.....
CDU-Verband

.....
Ansprechpartner

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Tel.-Nr.

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen.
Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Bestell-Nr.	Titel bzw. Artikelbezeichnung	Anzahl	Preis

.....
Datum

.....
Unterschrift



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Finanzen

Kommunen stärken

Finanziellen Handlungsspielraum
zurückgewinnen!

KPV
www.stark-vor-ort.de

**Leporello „Finanzen –
Kommunen stärken“**

Best.-Nr.: **2850**

100 Expl.: 15,00 €

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Vermold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen